

Neben den laufenden Berichten zum Wirtschaftsgeschehen und Untersuchungen zu selbst gewählten Themen erstellt das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung Gutachten für öffentliche und private Auftraggeber zu wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen. Ein Teil dieser Arbeiten wird vom Institut im Rahmen der Schriftenreihe „WIFO-Gutachten“ publiziert und steht Interessenten gegen einen Druckkostenbeitrag zur Verfügung. Um den Inhalt dieser Bände einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen, bringen die WIFO-Monatsberichte unter der Rubrik „Aus WIFO-Gutachten“ jeweils Auszüge mit den wichtigsten Ergebnissen (Bestellungen von WIFO-Gutachten bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Holzer, Postfach 91, A-1103 Wien, Tel. (0 222) 78 26 01/282).

Zahlungsverkehrssysteme und Zahlungsverkehr in Österreich

Heinz Handler, Peter Mooslechner

Gefördert vom Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank

Wien, 1991

ISBN 3-901069-12-7

264 Seiten, S 1.500,—

Der Zahlungsverkehr zählt zu den wesentlichen — aber selten beachteten — Grundlagen der Funktionsfähigkeit moderner marktwirtschaftlicher Wirtschaftssysteme. Er ist selbstverständlicher Teil eines breiten Spektrums von Finanzdienstleistungen, das in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten höchst unterschiedliche Ausprägungen aufweist. In Österreich fanden Probleme des Zahlungsverkehrs durch die Anhebung einer Reihe von Kontengebühren erst vor kurzem die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit. Darüber hinaus sind die jüngsten Initiativen der EG-Kommission zum Zahlungsverkehr im EG-Binnenmarkt und die Hinweise des Bankensystems auf erhebliche Verluste aus dem Zahlungsverkehr wirtschaftspolitisch aktuelle Gesichtspunkte.

Vor diesem Hintergrund legt das WIFO — erstmals für Österreich — eine umfassende und detaillierte Untersuchung zum Zahlungsverkehrssystem als Diskussionsgrundlage vor. Die Studie arbeitet die Strukturen und institutionellen Besonderheiten des österreichischen Zahlungsverkehrs im internationalen Vergleich und ihrer historischen Entwicklung heraus. Ihr Ziel war, auf mögliche Schwachstellen zwischen Banken und Kunden, innerhalb des Bankensystems und in der Beziehung zur Notenbank hinzuweisen sowie Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die statistische Basis für empirische Aussagen zum Zahlungsverkehrssystem in Österreich ist äußerst mangelhaft. Zur Verbesserung dieser

Situation hat das WIFO eine eigene Primärerhebung zum Zahlungsverkehr bei österreichischen Banken durchgeführt. Erfragt wurden vor allem Umfang und Struktur der Zah-

WIFO-Erhebung „Zahlungsverkehr“

lungsverkehrstransaktionen sowie die Gebührensituation. Insgesamt konnten Daten von 534 Banken bzw. von 86% der Bilanzsumme des relevanten Bankensystems ausgewertet werden.

Hochgerechnet auf das gesamte österreichische Bankensystem fanden im Jahr 1988 insgesamt 1 474 Mill. Zahlungsverkehrstransaktionen statt. Das entspricht rund 194 Zahlungsvergängen — unter Inanspruchnahme

von Banken — pro Kopf der Bevölkerung. Von diesen Zahlungen entfielen etwas mehr als ein Viertel auf Bartransaktionen mit Banken. Im unbaren Zahlungsverkehr dominieren Überweisungen deutlich gegenüber Schecks, die auf einen Anteil von nur 8,7% kommen. Noch immer sind fast 60% der Transaktionen beleggesteuert, nur knapp über 40% macht der beleglose Zahlungsverkehr aus. Von den beleggesteuerten unbaren Zahlungen werden aber nur noch 14% manuell, der Rest bereits mittels optischer Beleglesung verarbeitet. Die beleglosen Transaktionen laufen zu 88% über Datenträger, 10% werden über Bankomaten abgewickelt.

Die Nutzung von Rationalisierungspotentialen im österreichischen

Internationaler Vergleich der Zahl der Geldausgabeautomaten und POS-Terminals 1989

Übersicht 1

	Geldausgabeautomaten		Point-of-sale-Terminals	
	Installierte Geräte	Einwohner je Gerät	Installierte Geräte	Einwohner je Gerät
Belgien	913	10 896	24 644	404
Kanada	9 120	2 899	4 287	6 168
Frankreich	13 031	4 320	160 000	352
BRD	9 300	6 677	10 928	5 683
Italien	7 791	7 295	10 240	5 550
Japan	77 302	1 595	1 673	73 678
Niederlande	1 839	8 048	2 047	7 230
Schweden	1 794	4 753	3 420	2 493
Schweiz	1 962	3 427	2 165	3 105
Großbritannien	15 820	3 616	75 000	763
USA	87 136	2 869	51 000	4 902
Österreich	820	9 297	229	33 291

Q: BIZ

Zahlungsverkehrssystem wird durch die Aufsplitterung des Scheck- und Überweisungsverkehrs in parallele Subsysteme behindert. Obwohl der beleggesteuerte Zahlungsverkehr

Bankenkooperation zur Nutzung von Rationalisierungspotentialen

schon stark zurückgedrängt wurde, könnten die Kosten durch eine Trennung des Belegflusses vom Zahlungsfluß weiter gesenkt werden. Rationalisierungspotentialen sollten durch verstärkte Kooperation zwischen den Banken und Bankensektoren mit dem Ziel eines technisch und organisatorisch möglichst einheitlichen Zahlungsverkehrssystems genutzt werden. Das trifft besonders für den Bereich der elektronischen Zahlungsverkehrsmittel zu, in dem mit der GABE und den von ihr betriebenen Zahlungsverkehrsbereichen bereits ein Modellansatz besteht.

Ein bemerkenswertes Ergebnis der Umfrage war, daß der Informationsstand über Umfang und Struktur ihres Zahlungsverkehrs in manchen Banken eher gering ist. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Gestaltung der Kosten-Ertrags-Strukturen im Zahlungsverkehr, die immerhin mehr als 90% der Banken als für ihre Rentabilität wichtig einschätzen. Zur Verbesserung des Kostendeckungsgrades werden von den Banken in erster Linie Zahlungsverkehrsgebühren und erst sekundär Rationalisierungsmaßnahmen als zielführend erachtet.

Eine wesentliche Anforderung an die Umgestaltung des österreichischen Zahlungsverkehrssystems besteht in der Schaffung von Gebühren-

regelungen mit verstärkten Elementen des Verursacherprinzips. Die gesamten Kosten des Inlandszahlungsverkehrs der österreichischen Banken dürften eine Größenordnung von 18 Mrd. S. erreichen. Diesen stehen Erträge von etwa 11 Mrd. S. gegenüber, sodaß sich eine Unterdeckung dieses Geschäftsbereichs von rund 7 Mrd. S. errechnet. Aufgrund ihrer ökonomischen Charakteristik können Gebühren im Zahlungsverkehr aber

Gebühren als „Preise“ für Finanzdienstleistungen

nicht allein als Instrument der Kostendeckung aufgefaßt werden. Sie sollten vielmehr als „Preise“ von Dienstleistungen verstanden werden,

die auch wesentlicher Teil eines Anreizsystems zur Strukturverbesserung im Zahlungsverkehr sind: Höhere Gebühren für kostenintensive Transaktionen sollten für den Konsumenten einen Anreiz bieten, sein Zahlungsverhalten in Richtung kostengünstigerer Zahlungsformen zu verändern.

Traditionell ist die Bereitschaft des Österreicherers noch gering, den Zahlungsverkehr als Finanzdienstleistung mit entsprechenden Kosten und Preisen zu verstehen. Es gilt Verständnis dafür aufzubauen, daß Zahlungsverkehrsleistungen grundsätzlich kein „freies“ und kostenlos zur Verfügung stehendes Gut sein können. Die im Zahlungsverkehr anfallenden Kosten werden jedenfalls von den Bankkunden getragen, wenn nicht direkt, so indirekt über Subventionierung aus den anderen Geschäftsbereichen.

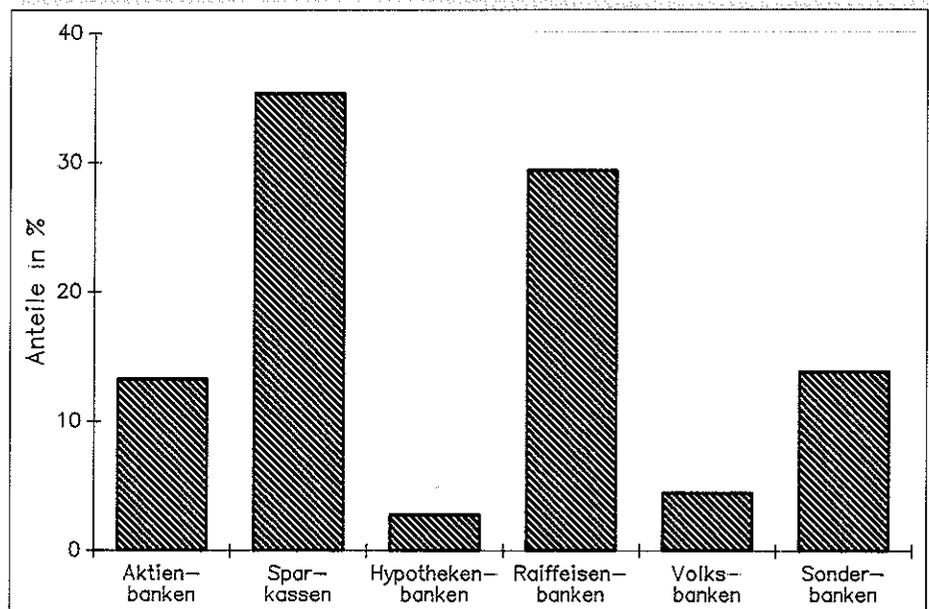
Österreich als „Überweisungsland“

Gemessen an der Struktur seines Zahlungsverkehrssystems gehört Österreich zu den Staaten mit überwiegendem Überweisungsverkehr. Vor allem in den angelsächsischen Ländern sind Schecks ein viel wichtigeres Element. Geprägt durch das Universalbankensystem ist die Versorgungsdichte mit Zugangsstellen in das Zahlungsverkehrssystem (Bank-

Zusammensetzung der Zahlungsverkehrstransaktionen nach Bankensektoren

Abbildung 1

Bar-, Scheck- und Überweisungsverkehr



stellen und Postämter) sehr hoch. Trotz dynamischen Wachstums Ende der achtziger Jahre erreichen die modernen Zahlungselemente Kreditkarte, Geldausgabeautomat und Bankomatkassen im internationalen Vergleich noch niedrige Marktanteile.

**Ordnungspolitische
Verantwortlichkeiten
erforderlich**

Die geringe mikroökonomische Effizienz der Bereitstellung von Zahlungsverkehrsleistungen läßt gemein-

sam mit den potentiellen makroökonomischen Gefahren das Zahlungssystem zu einer sensiblen wirtschaftspolitischen Größe werden. Ein funktionsfähiges Zahlungssystem ist daher auf ordnungspolitische Verantwortlichkeit angewiesen, vor allem wenn es um die wettbewerbsneutrale Gestaltung bestimmter Grundelemente und Rahmenbedingungen geht. Anders als in vielen anderen Ländern hat die Oesterreichische Nationalbank diese Funktion in der Vergangenheit nicht wahrgenommen. Sie ist vergleichsweise wenig in das Zahlungsverkehrs-

system eingebunden. Sowohl die Deutsche Bundesbank als auch die Schweizerische Nationalbank sind nicht nur unmittelbar mit den Problemen des Zahlungsverkehrs befaßt, sie treiben über eigene Initiativen auch die technische und organisatorische Entwicklung des Zahlungsverkehrs voran. In der Herausforderung einer erforderlichen Umgestaltung und EG-Anbindung des österreichischen Zahlungsverkehrssystems bestünde für die OeNB jedenfalls eine zentrale Koordinationsfunktion, die ihre grundsätzlich neutrale Position als Notenbank nicht beeinträchtigen müßte.